

## Drei Fragen an Philip Alston

**Ist es realistisch, die globale Armut bis zum Jahr 2030 gemäß den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) vollständig zu beseitigen?**

Ja und nein. Mit der entsprechenden politischen Dynamik wäre es nicht schwierig, zumindest die extreme Armut bis zum Jahr 2030 zu beseitigen. Allerdings steht beispielsweise in den USA das Thema Armutsbekämpfung nicht auf der politischen Agenda der großen Parteien. Im Gegensatz dazu hat China gezeigt, dass die Bekämpfung von Armut machbar ist. Obwohl ich das chinesische politische System nicht befürworte, ist dieser zielstrebige Einsatz für die Armutsbekämpfung beeindruckend. Ein derartiges Engagement gibt es bislang sonst nirgendwo auf der Welt.

**Aus der Sicht einiger Länder ist es wichtiger, Armut zu bekämpfen als Menschenrechte zu achten. Was sagen Sie den Regierungen dieser Staaten?**

Beide Ziele sind gleichermaßen wichtig. Es besteht keine Notwendigkeit, sich für das eine oder andere zu entscheiden. Wenn man an Menschenwürde und Anstand glaubt, ist es völlig inakzeptabel, Menschen dazu zu verdammen, in Armut zu leben. Aber auch die Wahrnehmung bürgerlicher und politischer Rechte zu verweigern, ist erniedrigend und letztlich kontraproduktiv für die Stabilität und Entwicklung von Gesellschaften.

**Soziale Sicherungssysteme beziehungsweise ein bedingungsloses Grundeinkommen könnten die Armut in armen und reichen Ländern langfristig bekämpfen. Wie können diese Systeme angemessen finanziert werden?**

Soziale Sicherungssysteme gibt es in vielen Formen und Varianten. In der Vergangenheit haben unter anderem Brasilien und Mexiko einen Weg aufgezeigt. Die Programme ›Bolsa familia‹ und ›Progresas‹ wurden bereits vor circa 20 Jahren eingeführt und in etwas angepasster Form in Teilen Südasiens und Afrikas übernommen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und viele andere Organisationen haben zahlreiche Konzepte vorgelegt, in denen sie für eine soziale Grundsicherung werben und die für nahezu alle Staaten finanzierbar ist. Wenn der Wille vorhanden ist, können große Fortschritte in diese Richtung erzielt werden, ohne untragbare Kosten zu verursachen. Armut bleibt eine politische Entscheidung. Die politische Elite kann Armut beenden oder ihr bestehendes Niveau demonstrativen Konsums auf ein noch obszöneres Niveau heben.



**Philip Alston,** geb. 1950, ist seit dem Jahr 2014 unabhängiger Sonderberichterstatter über extreme Armut und Menschenrechte. Er wurde vom UN-Menschenrechtsrat ernannt.

UN PHOTO: RICK BAJORNAS

umorganisieren und realistisch und großzügig aufstocken würde.<sup>29</sup> Es gibt außerdem keynesianisch-inspirierte Vorschläge zu einer EU-weiten Arbeitslosenversicherung.<sup>30</sup>

In der Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in vielen Staaten für die Verbesserung sozialer Sicherungssysteme. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt sich für universelle soziale Sicherung ein, auch in den Unternehmen des Textilbündnisses.<sup>31</sup>

Es gibt jedoch mehrere Dreh- und Angelpunkte, bei denen die Bundesregierung erheblich weitergehen müsste, würde sie sich ernsthaft dem Recht auf soziale Sicherung verpflichten. Als Erstes wäre das ILO-Übereinkommen über Heimarbeit<sup>32</sup> zu ratifizieren, denn das würde alle deutschen Unternehmen in globalen Wertschöpfungsketten verpflichten, ihren Beschäftigten an ausgelagerten Arbeitsplätzen soziale Sicherung zu gewähren. Außerdem wäre es wünschenswert, dass Deutschland die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families – ICRMW) ratifiziert.<sup>33</sup>

Zweitens müsste Deutschland die Verhandlungen und eine baldige Verabschiedung des UN-Übereinkommens über Wirtschaft und Menschenrechte unterstützen, das die transnational tätigen Unternehmen auf die Einhaltung aller Menschenrechte und ILO-Übereinkommen – eben auch die auf das Recht auf soziale Sicherung – festlegen würde.<sup>34</sup> Der Nationale Aktionsplan<sup>35</sup> ist nicht ausreichend und kann nicht eingeklagt werden. Die Bundesregierung müsste außerdem Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen zu einem internationalen Steuerregelwerk unterstützen. Dies würde helfen, die Steuerflucht und -vermeidung zu bekämpfen, die es weltweit so vielen Staaten erschwert, Sozialausgaben zu erhöhen und Sozialtransfers finanziell ausreichend auszustatten, weil den öffentlichen Haushalten die Einnahmen fehlen.

Eine globale Vision sollte es sein, die ILO-Empfehlung betreffend den innerstaatlichen sozialen Basisschutz möglichst in ein ILO- oder UN-Übereinkommen umzuwandeln. Das würde die hehren und globalen Ziele der Agenda 2030 und die vielen sozialsicherungspolitischen Versprechen mit einem bindenden multilateralen Instrument untermauern. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Bundesregierung, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft konzertiert darauf hinarbeiten, soziale Sicherheit für alle zu schaffen. So ist es mit der Agenda 2030 auch versprochen worden.